

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u.  Kreis Merseburg
mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 124.

Dienstag, den 31. Mai 1921.

161. Jahrgang.

Tageschronik

Die Sorgen und Pläne der Reichsregierung zur Erfüllung des Ultimatum.

Die Entwaffnungsfrage der bayerischen Einwohnerwehr noch nicht endgültig geklärt.

Frankreich wünscht zunächst keine Entscheidung über Obersteifen durch den Obersten Rat.

Der Selbstmord in Obersteifen hat bedeutende Erfolge zu verzeichnen: die Polen werden den Kampf noch nicht auf.

Die ersten englischen Truppen sind in Obersteifen einetroffen.

Neue Steuerpläne der Reichsregierung.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist in der Lage, einige Vorläufe des Reichswirtschaftsministeriums zur Aufhebung der uns durch das Ultimatum auferlegten Milliarden zu veröffentlichen. Hierzu teilt das Reichswirtschaftsministerium mit:

Bei den in der „Deutschen Tageszeitung“ erschienenen Meinungen über die Form der finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen zur Durchführung des Reparationsstillstandes handelt es sich teils um aus dem Zusammenhang gerissene und daher unrichtige, teils um nicht zureichende Darlegungen und teils um erst allmähliche Annäherungen an die Vorarbeiten, mit denen man noch nicht zum Abschluss gekommen ist und zu denen auch das Kabinett noch keine Stellung genommen hat.

Aus dieser etwas ungewundenen Erklärung des Reichswirtschaftsministeriums scheint jedoch hervorzugehen, daß, wie auch die „Volk. Sta.“ mittelt, die Veröffentlichungen der „Deutschen Tageszeitung“ in ihren Grundzügen zum mindesten die Absichten nachstehender Kreise wiedergeben, sobald wir glauben, im Interesse der Öffentlichkeit von einer Veröffentlichung unter Vorbehalt nicht Abstand nehmen zu dürfen.

1. Bei dem Eintriff in die Substanz des deutschen Vermögens sollen in erster Linie der ländliche und städtische Grundbesitz sowie die industriellen und kaufmännischen Unternehmungen aller Art herangezogen werden. Rücklagen des Reparationsfonds sollen

20 Prozent dieser Besitzungen enteignet werden.

Die Enteignung soll durch Eintragung einer Pfandhypothek in Höhe von 20 Proz. erfolgen. Bei den industriellen und kaufmännischen Unternehmungen einschließlich der Banken soll an Stelle der hypothekarischen Pfandhypothek eine Zwangsbesitznahme für den Reparationsfonds in Höhe von 20 Proz. des in den betreffenden Unternehmungen investierten Kapitals treten.

2. Durch neue Steuern und Abgaben soll der Finanzbedarf auf den „bedeutendsten Bedarf“ eingeschränkt werden, um auf diese Weise die Einkünfte der Produktionsstätten auf Ausfuhrerlöse zu erörtern. Gleichzeitige sollen die Reichsaufsätze der Verbrauchssteuer der Lebensmittel in Wegfall kommen. Die Lebensmittelpreise sollen den Weltmarktpreisen angepaßt werden. Unter den neuen Steuern befindet sich auch eine Erhöhung der Kohlensteuer in einem Ausmaß, das der inländische Preis der Kohle unter der Berücksichtigung der Wertschwundwertungen dem Weltmarktpreis angepaßt wird.

Die Aufschläge an den Verkehrsverwaltungen (Post und Eisenbahn) soll ebenfalls eine weitere erhebliche Steigerung der Tarife in Wegfall gebracht werden.

3. Da der Ertrag der neu anzuordnen Steuern zusätzlich des Ansetzes der Awaransubvention auch nach der Erkenntnis des Reichsstatistikins ebenfalls für Jahre hinaus nicht ausreicht, um die uns auferlegten Jahreszahlungen an die Entente zu decken, ist eine fortwährende Berücksichtigung der landwirtschaftlichen und städtischen Hypotheken sowie der industriellen Besitzungen an das Ausland vorzusehen.

Die parlamentarischen Schwierigkeiten.

Die Parlamentarier, im Reiche der Regierung eine transfronche Parlamentsmehrheit zu sichern, sind in keiner Weise behoben worden. Vielmehr ist zu betonen, daß nach wie vor die Stimmung der Parteien gegeneinander außerordentlich gespannt ist und daß insbesondere wegen der Regelung

Unbestimmte Sinausschiebung der Entente-Konferenz.

Die englische Regierung teilte der französischen neuverdingt mit, daß sie auf den Aufnahmestritt der unterstellten Konferenz in dieser Woche bestünde. Es scheint aber, daß Briand sich gegen die Abhaltung dieser Konferenz ausgesprochen wird. Er wünscht die obersteifen Frage in einer Spezialkonferenz zuerst zu erörtern, wenn Aussicht vorhanden sei, daß die französischen und polnischen Forderungen mehr oder weniger erfüllt werden. Da bei den Beratungen des Obersten Rates Einstimmigkeit der Beschlüsse unbedingt erforderlich sei, wendet sich Briand gegen eine schleunige Einberufung dieser Konferenz, ehe nicht feststünde, daß eine einseitige Lösung der obersteifen Probleme möglich sei.

England mit der Sachverständigen-Konferenz einverstanden.

An französisch erstreben hat man die Zustimmung der englischen Regierung zu dem französischen Vorschlag über eine Sachverständigen- und Untersuchungskommission, für die Grenzkontrollen in Obersteifen sehr allmählich aufzunehmen. Diese Kommission soll das Verhalten der Abteilungen und die wirtschaftliche und soziale Lage der Dörfer ermitteln. Man ist jedoch in Bezug auf die Wichtigkeit, daß eine weitere

Beratung des Obersten Rates nicht erforderlich ist, um diese Kommission zu bestimmen, die leicht von den Franzosen erzwungen werden kann. Gleichzeitige wird die französische Regierung vorschlagen, dieser Sachverständigenkommission die Prüfung des italienischen Vorschlages über die Teilung von Obersteifen zu überweisen.

Die Kontinentalpolitiker in Frankreich im Erstarken?

Der Pariser Vertreter der „Straß. Neuesten Nachr.“ berichtet: Viele der französischen Kammermitglieder ziehen heute Grund und denken an neue Kreuzzüge. Die Anhänger des Kontinentalismus seien in Frankreich seit einigen Wochen sehr zahlreich geworden. Ein neuer Geist in deutsch-französischer Sprache? D. Red.) herrscht in Frankreich, und wenn die Deutschen ihren Verfassungen nachkommen, so werden die Franzosen ihnen eine Art Mitarbeiter vorschlagen. (??)

der Steuer- und Wirtschaftsprüfung die Abgabe einer Mehrheitsabstimmung nachzuschließen ist. Die Regierung wird bürde dabei kaum auf die Dauer auf eine haltbare Stellung dem Parlament gegenüber rechnen können, sobald man in parlamentarischen Kreisen den

Ausbruch einer neuen Regierungskrise bereits jetzt schon voraussetzt. Es ist gar keine Frage, daß bei Stellung der Vertrauensfrage, die diesmal nach der Abgabe des Programms unermesslich entstehen muß, im allerersten Falle nur eine sehr schwache Majorität für die Regierung zu haben sein wird. Selbst wenn aber die Regierung eine schwache Majorität erhält, wird es ihre Anknüpfung sein, zurückzutreten, denn bei der ungewissen Bedeutung der zu lösenden Aufgaben würde es ein Unikum sein, gegen eine starke Opposition der großen bürgerlichen Parteien zu bestehen.

Wor der Programmrede des Reichstanzlers.

Wenn der Reichstanzler seine programmatische Rede im Reichstag halten wird, steht noch nicht fest. — Staatssekretär von Hanke wird noch einige Monate in Berlin bleiben, da Dr. Rosen auf seine Unterhaltung bei der Einberufung der Reichstag ist. Der zweite Staatssekretär im Auswärtigen Amt von Bove, ist zum deutschen Gesandten in Belgrad ausgeschieden. — Das Gerücht, daß der deutsche Vizekanzler in Tokio, Dr. Seif, abberufen werden soll, um als deutscher Vizekanzler nach Washington zu gehen, entbehrt der Grundlage.

Noch keine Einigung zwischen Berlin und München.

Wie die „Bayerische Staatszeitung“ mittelt, konnte eine Übereinkunft zwischen Berlin und München über die in der Frage der Einwohnerwehren an erzielenden Maßnahmen bisher nicht herbeigeführt werden. Der bayerische Minister hat sich bisher verweigert, seine bereits gefassten Beschlüsse erneut einer Prüfung zu unterziehen, nachdem die Situation mit den Führern der Konstitutionspartei bedrohend geworden ist.

Anzeigenpreis Der Zeit. Mittw. Zeitraum 30 Wfa. und Die laufende Monatsabnahme wird vom Besucher auf keine Anzeigen in Zahlung genommen. Anzeigenpreis 50 Wfa. Vorz. besonders. Norm. Anzeigenpreis 11 Uhr vorm. Freitag. 100 Erfüllungsort Merseburg. Besagnummer wird berechnet

Aus der Steuererklärung eines Arbeiters.

Vom Hansa-Bund wird uns geschrieben: Es ist bekannt, wie verhältnismäßig gering die steuerliche Belastung einer Arbeiterfamilie ist, in der neben dem Vater zwei Söhne erwerbstätig sind, und wie hoch dem gegenüber bei gleichem Einkommen die Steuern für einen höheren Beamten und erst gar für einen Adoranten sind, deren Familien die gleiche Aufwandsausgaben aufweisen, deren Söhne aber studieren.

Ein Artikel der „Dresdener Volkszeitung“, der in ähnlicher Form in den meisten sozialdemokratischen Zeitungen wiedergegeben ist, bringt folgende Aufzählung wie die Arbeiter ihre Steuererklärung zu machen haben:

Einkommen:

1. Aus Arbeitsverdienst laut befestigter Bescheinigung des Arbeitgebers	10 000 M
2. Zinsen aus Kapitalvermögen	100 „
3. Unfallrente	400 „
4. Einkommen aus Nebenbeschäftigung	1 000 „
Zusammen	11 500 M

Davon gehen ab:

1. Für Kranken- u. Invalidenversicherungsbeitr.	525 M
2. Dasselbe für meine Ehefrau	132 „
3. Wohnung für Handwerkersteuer	500 „
4. Wohnsteuer für Arbeitsstätte	1 000 „
5. Wohnung des Fahrers zur Arbeitsstätte	208 „
6. Wohnung des Fahrers zur Arbeitsstätte	100 „
7. Mehrertrag bei Bescheinigung und Wohnung bei auswärtiger Beschäftigung	1 800 „
8. Mehrertrag für den Haushalt infolge der Erwerbstätigkeit meiner Frau, für Waisenfrau und Kinderpflanzung in 5 Monaten	400 „
9. Verbandsbeiträge für mich und meine Ehefrau (fällt später fort)	300 „
10. Erbschaftsteuer für mich u. meine Ehefrau	100 „
11. Versicherungsprämien der Volksfürsorge für mich und meine Ehefrau und zwei Kinder	300 „
12. Beiträge an den Arbeiterbildungsanstalt	12 „
Zusammen	5 377 M

Das Gesamteinkommen betragt demnach 11 500 M Davon gehen ab 5 377 M

Verbleiben zur Besteuerung 6 123 M 10 % der verbleibenden Summe entspricht der Betrag von 612 M 30 Pf. Einkommensteuer. Es gehen hiervon ab für mich und meine Ehefrau nach den §§ 16, 17 und 28 des EStG je 120 M, zusammen 480 M. Die verbleibende Einkommensteuer betragt 132 M 30 Pf. hierab ab für Familienangehörige 480 M

Es ist zu zahlen an Steuern 132 M 30 Pf.

Da ich laut meiner Steuerkarte bis zum 31. März 1921 700 M an Steuermarken entrichtet habe, beantrage ich die Rückerstattung von 570 M zuzüglich 5 % Zinsen.

Also die Familie mit 11 500 M Einkommen hätte ganze 130 M Steuern d. L. 13 % zu zahlen! Man muß sich des Gefühls erinnern, das die Sozialdemokratie gegenüber dem Steuerzahler vom Lohn erhoht, der schweren Fortwürfe, daß der Arbeiter zur Steuer herangezogen würde, bevor die Steuern von den beständigen Klassen eingezogen würden. Ein Vorwurf, der übrigens sofort unberechtigt war, als gleichzeitig mit dem Lohnabzug die Kapitalertragsteuer in Wirksamkeit trat, die Einkommensteuer zu gewaltig gestiegenen Eöh erhoben wurde und die noch nicht eingehobene Kriegsteuer vom Vermögenszuwachs und das Reichsnotopfer mit 5 % verzinst werden mußten.

Die Arbeiter haben wegen des 10 %igen Lohnabzuges vielerorts gestreift, an den meisten Plätzen konnte das nur dadurch vermieden werden, daß die Löhne entsprechend dem Steuerabzug erhöht wurden. Und nun soll ihnen die geleistete Steuer noch zum Teil wieder zurückgezahlt werden; die Zinsen dafür sind auch nicht verfallen.

Selbst wenn man alle im vorstehenden Beispiel angeführten Abzüge als berechtigt ansehen will, berechnet sich die gezahlte Steuer von 130 M auf das verbleibende Einkommen von 6 123 M auf nur 2,12 %! Dabei waren Einkommensteuerätze von 60 % und daneben 10 % Kapitalertragsteuer für die größeren Einkommen den sozialdemokratischen Abgeordneten noch nicht hoch genug. Und während hier der Staat gegeben wird, alles und jedes mit überreichen Händen Summen in Abzug zu bringen, wehren sie sich auf Arbeitsstätten gegen die Abzugsfähigkeit bis zu 10 % der Beiträge an militärische, gemeinnützige und wirtschaftliche

fenchaftliche Vereinigungen, obgleich diese doch eine Selbstbestimmung für öffentliche Zwecke sind. Hier ging ihnen das Finanzinteresse des Reiches über alles; aber auch die Arbeiter zahlen sollen, da können sie es nicht.

Man muß sich der fanatischen Reden erinnern, die insbesondere der Abgeordnete Reil, ihr Führer in Stuttgart, gegen die Steuerhosen der bestehenden Klassen gehalten hat, und man sieht, wieviel man von ihm zu erwarten hat, daß sie von ihm verfocht sei. Dann wird man zu dem Ergebnis kommen, daß ihm und seinen Freunden alle Steuern vorzuziehen sind, die die Andern zahlen und alle verwerflich, zu denen sie selber beitragen sollen. Nebenfalls haben sie es glänzend verstanden, bei den direkten Steuern dafür zu sorgen, daß sie wenig oder nichts zahlen. Da das Reich aber ungedeckter Steuern braucht, und von dem Besten nicht mehr herausgeholt werden kann, so wird nicht übrig bleiben, als die neuen Lasten auf die Verbrauchssteuern zu legen.

Keine Abgabe von Schmuckgegenständen.

Unsere geistliche telegraphische Abteilung von der hochschätzten Einzahlung von Schmuckgegenständen zur Reparationsabnahme beruhte auf einem Fehler in der telegraphischen Uebersetzung. Wir können heute feststellen, daß eine solche Abgabe nicht in Frage kommt.

Weitere Reparationszahlungen.

Bekannt wurden die Reparationskommission in Paris 20 Milliarden Reichsmark im Betrag von 200 Millionen Dollar für Mittel. Ferner bietet die deutsche Regierung sofort den Restbetrag von 15 Millionen Goldmark in französischen Franken an.

Die Bezahlung der Schulden Deutschlands umständlich.

Der Berliner Korrespondent des „Journal“ hatte eine Unterredung mit einem Direktor der Diskontogesellschaft, in der dieser die Bezahlung der Schulden durch Deutschland für unmöglich erklärte.

Der Reichskommissar für die belagerten Gebiete wurde durch den Reichskommissar für die belagerten Gebiete, E. Starck, in weichen Umständen mit der Rheinlandkommission zu unterreden.

Ein Antrag zur Abberufung der amerikanischen Truppen aus Deutschland.

Der amerikanische Senator Klose hat einen Vorstoß eingebracht, der die Abberufung der amerikanischen Truppen aus dem Rheine verlangt, da Deutschland im letzten Jahre seine Verpflichtungen in der Frage der Entschädigung erfüllt hat.

Deutsche Erfolge in Oberschlesien.

Kein Nachgeben der Polen.

Bei Landshera lebhaftere Sicherheiten der Polen. Albrecht wurde von den russischen mit einigen Artilleriegeschützen besetzt, ebenso Reudorf und Kanielhof. Die Dörfer Berowian, Wolan, Radow und Lesina sind nach Wäzina durch die Polen wieder in unserer Hand. Der Bahnhof Reudorf ist von den russischen besetzt worden, jedoch ist der Bahnhof selbst davon immer noch frei von den Polen besetzt. Am Kreise Groß-Strehlitz wurden polnische Banden, die bei Malinowitz vorzudringen versuchten, abgewiesen. Aus den Orten Slawa und Kallinowitz im Kreise Groß-Strehlitz sind die Polen abgerückt. Kosowitz ist jedoch noch in ihrer Hand. Prossowa an der Straße Kallinowitz-Belitz ist von den Polen hart besetzt. In der Nacht zum 30. Mai verstanden die russischen zwischen Medawa und der Rubiner Chaussee durch zwei härtere Angriffe den

Übergraben über die Oder zu errichten.

Die wurden jedoch zurückgewiesen. Die Franzosen haben sich durch Aushebungen in den Kreisen Kofel und Lubitz verhalten.

Von einem friedlichen Verhalten der polnischen Streitkräfte kann absolut keine Rede sein; im Gegenteil arbeiten sie gegen uns, die sie bis jetzt in Ruhe gelassen hatten, obwohl der deutsche Selbstschutz keine Fährnisse auf Grundrunden an seiner eigenen Sicherheit und zur Sicherung bedrohter Ortschaften beschränkt.

Katowitz wieder ohne Wasser.

Die Polen unterbrechen erneut die Wasserleitung nach Katowitz, jedoch die Stadt ohne Wasser ist. Darnach Wasserleitungen wurden in den Außenbezirken von Gleiwitz durch die Franzosen erschaffen.

Die englische Division im Anmarsch.

Der Antanttransport der Engländer in Oberschlesien dauert an. Gestern rückte englische Kavallerie Oppeln, die in der Umgehung Danzig besetzt. Der General Staff, Generalstab der britischen Division, die aus zwei Divisionen besteht und bei der sich auch ein Artillerieregiment befindet, herangebracht zu haben. Den Oberbefehl hat General Semler. Außerdem sind fünf leibende Stellen bestimmt der ehemalige britische Polizeichef von Katowitz Krizan und der Kommandant von den Polen drei Tage anwesende Major Powell.

Die Gefahr eines französisch-französischen Bündnisses.

Der „Times“-Berichterstatter in Oppeln schreibt: Wenn die Franzosen ihre Haltung nicht ändern, so sieht ernstlich zu befürchten, daß schwere Konflikte zwischen den aufständischen Polen und den englischen Truppen ausbrechen. Der Korrespondent hatte anlässlich einer längeren Unterredung mit einem Offizier des Generalstabes, der die Verhältnisse an der Front schilderte, darüber berichtet, daß die Deutschen erwarten, zusammen mit den Engländern gegen die Franzosen und Polen zu kämpfen. Die Gefahr müßte die Kommission um jeden Preis vermeiden. Man habe General Staff wissen lassen, daß weder er, noch seine Soldaten das Recht hätten, die Ordnung wiederherzustellen oder gemeinlich den belagerten Truppen beizustehen. Er soll antwortet haben: Dann sollen uns die Verbündeten den Beweis geben, daß sie wirklich die Ordnung wiederherstellen wollen.

Auch Steiermark stimmt ab.

Die Abgeordnetenversammlung der steirischen Landtagspartei hat beschlossen, unter allen Umständen trotz des Einspruchs der Entente die Volkstimmungen über die Frage des Anschlusses an Deutschland abzugeben und zwar unbedingtes Ja zu sagen. Die Sitzung des 4. Juni. Dieser Beschluß erregt in nationalen Kreisen nicht nur in Steiermark sondern auch in Oesterreich außerordentliches Interesse.

Ernstes Gefahr für das österr. Abstammungsgebiet.

Der Leiter der österreichischen Delegation des internationalen Grenzakkordkommissionärs für die Grenze zwischen Oesterreich und Südbanien hat beim Präsidenten dieses Ausschusses beantragt, bei der Festlegung der Grenze zwischen Südbanien und Kärnten die Frau als Grenzlinie festzusetzen. Wenn die Vorkonferenzen diesem Antrag zustimmen, so wäre das österr. Abstammungsgebiet für Oesterreich verloren.

Drohender Generalstreik der englischen Baumwollindustrie.

Den Beschluß der Vertreter der englischen Baumwollindustrie, die Löhne um 30 Pro. herabzusetzen, haben die Arbeiter durch ein Referendum abgelehnt. Es wurde ein Komitee eingesetzt, um eine Verhandlung herbeizuführen. Wenn dieses nicht gelingt, wird der Generalstreik proklamiert werden. Es werden dann über 500.000 Arbeiter streiken.

Im Unterhaus hat die Regierung beabsichtigt, ein Antikontingentsgesetz zur Bewandigung des Kohlenstreiks einzuführen. Er erklärte ferner, daß eine Verstärkung der Kräfte in Irland in Aussicht genommen sei.

Eine internationale Abrüstungskonferenz.

Präsident Garbina äußerte sich zu dem republikanischen Parteiführer im Neutralitätenbunde Wendell Willkie hinsichtlich einer Abstimmung der Resolution, wonach die Entwaffnung zu Lande sowohl als zu Wasser. Das Verschieben der Verhandlung werde deshalb ausdrücklich abgelehnt, an der Resolution vorzunehmen, die sich auch auf die Einleitung aller Nationen zur Teilnahme an der Konferenz erstrecken sollten, während ursprünglich nur einige Nationen aufgeführt werden sollten.

Aus Stadt und Umgebung Hausfrauentalender.

Kate's für Kinder bis zu 14 Jahren und Personen über 60 Jahre. Ausgabestelle: Firma Mohr, Gottfriedstraße. Vorher Gröden im Rathaus 1 Trepp. Zimmer 1213 abholen.

Ausgabe von Kondensmilch in allen Milchverkaufsstellen und Geschäften an jedem Marktort. Ungeäuert die Milch zu 8 M., geäuert die Milch zu 10.50 M.

Zur Ausbreitung im Baugewerbe.

Wird uns mitgeteilt: Zur Abwehr tarifmäßiger Streiks im Baugewerbe, welche seit Wochen in der Provinz Sachsen und in Anhalt im Gange sind, herrscht der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in 150.000 Arbeitern im Regierungsbezirk Merseburg und in Anhalt aus, davon achttausend in Magdeburg.

Der 29. Märzabend.

* Die dramatische Arbeitergemeinschaft unter Leitung von Schubert Dr. Kamin ist erregt eine große Anzahl Zuhörer am getragenen Abend durch die Aufführung „Der Parast“ oder „Die Kunst, sein Glück zu machen“, nach dem Französischen bearbeitet von Friedrich von Schiller. Die Vorstellung war wirklich gut gelungen. Schon allein die feine, wirkungsvolle Bühnendekoration, die durch die geschickten Mit wenig Mitteln wohl zu erkennen, ein wohlgefälliges Bild zu schaffen, das das Auge nicht vom Spiel ablenkt, sondern die Gesamtwirkung noch erhöht. Die Spieler gaben ihr Bestes, ihnen gebührt ein volles Lob. Vor allem gab der Minister Karoline durch sein sicheres Auftreten und sein natürliches Spiel. Von zur Seite nicht die Darsteller des Fintim und der Nichte zu vergessen. Seine komische Partee herrschte Seltener vollständig, er verstand es geschickt und rasch sein Mienenspiel zu wechseln, wenn er beliebig in einigen Stellen auch zu hart auftrat. Die Rollen des Leutnant Fintim, Charlotiens und deren Großmutter wurden auch gut durchgeführt, nur letztere hätte etwas länger sprechen müssen, um den allen gut zu werden. Nebenbei hat der Abend vielen ein paar angenehme Stunden verschafft, und man kann der dramatischen Arbeitergemeinschaft voll und ganz zu ihrem Erfolge Glück wünschen.

Ein Aufruf an die mitteleuropäische Arbeiterkass.

* Die beiden kommunistischen Parteien und die U.S.P. im West- und Ostpreußen haben einen Aufruf an die Arbeiterkass in Mitleidenschaft zu ziehen, in dem sie insbesondere die Eisenbahnerbetriebe aufzählen, über alle, wo sich Transporte von Orgeschleuten zeigen, die nach Oesterreich geleitet werden sollen, anzuhalten. Falls diese Widerhand leisten, soll die gesamte Arbeiterkass Mitteldeutschlands zur Hilfe gerufen werden (1).

Das ist der denkbar nicht betrüblichste Kate's, der er nicht ob Orgeschleute oder andere Freiwilrige, das ist ganz gleich. Es handelt sich hier nicht um Parteiangehörigen, sondern um's Vaterland! Die Freiwilrigen wollen lediglich den bedrängten Oesterreichern in ihrer höchsten Not beistehen. Am liebsten ist es Sache der „Regierung“, nicht Sache der Partei, ob unieren oesterreichischen Randbetrieben geholfen werden soll oder nicht.

Der Reichslandarbeiterbund, Provinzialgruppe Sachsen.

Am 29. 5. 21 im Haus der Landwirte zu Halle a. S. seine erste Generalversammlung ab. Die aus allen Teilen der Provinz in großer Zahl herbeigekommenen Vertreter der einzelnen Ortsgruppen legten ein reiches Zeugnis ab von dem erfreulichen Aufwachen der Bewegung des Reichslandarbeiterbundes, der sich als Ziel den Zusammenschluß aller national gesinnten Landarbeiter hat. Zu Beginn der Versammlung erklärte der Geschäftsführer der Provinzialverwaltung, Volkshaus-Halle a. S. Bericht über das verfloßene erste Geschäftsjahr. Er führte aus, daß trotz aller Hindernisse von Seiten des sozialistischen Landarbeiterverbandes und der örtlichen nationalen Gewerkschaften die Bewegung des Reichslandarbeiterbundes unter ungenügenden Umständen aufschwung genommen und weiterhin ein guter Erfolg der Sache zu erwarten ist. Wenn auch die Gegenstände alles Mögliche versuchen, unsere Mitglieder anzufinden, so ist es doch Pflicht jedes Einzelnen, sich zu regen und treu und ausdauernd, denn nur durch die Arbeit wird zum Ziel und dieses Ziel ist: Schaffung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse für den Landarbeiter. Die Reichslandarbeiterbewegung ist ein nationaler, sozialistischer Kampf gegen die Ausbeutung der arbeitenden Arbeiter und Arbeitnehmer unter voller Wahrung

der Interessen des Arbeiters und gegen die Ausbeutung des Arbeiters als nationalsozialistischer Kampf, der am Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitwirken soll. Was den einzelnen Punkten der Tagesordnung ist besonders hervorzuheben, der Inhalt eines Vertrages mit der Reichsbanner-Verbands-Gesellschaft, wodurch den Mitgliedern des Reichslandarbeiterbundes Reichsbeiträge zu besonders günstigen Bedingungen möglich werden. Am 1. Juni, bestehend der Provinzialgruppe wurde Schräder-Kleinmann einmütig gewählt.

Die Versammlung nahm zum Schluß eine Entschließung an, nach der die Provinzialgruppe Sachsen des Reichslandarbeiterbundes dem Reichslandarbeiterbund Geißler-Berlin, Vorstand des Nationalverbandes deutscher Gewerkschaften, ihr Vertrauen ausdrückt für sein Verhalten bei Ablehnung des Londoner Ultimatus und Einbruch erhebt gegen die einseitige Beurteilung deutscher Arbeiterbetriebe, die nicht fordert, daß auch auf Seiten des Reichslandarbeiterbundes entsprechende Abgrenzung wird.

Die Amtseinführung des neuen Landeshauptrichters.

In sein Amt findet, wie wir erfahren, am 1. Juni d. J. 10¹⁴ Uhr vormittags, hier statt.

Gewerkschaftenunterstützung.

* Die der Kreisassoziation des Landkreises Merseburg beauftragt, hat der Minister für Volkswirtschaft nunmehr die Gewerkschaften unter der Leitung der letzten Gewerkschaften ersteres Gewerkschaften vom 2. Mai an einzulassen. Die Gewerkschaften haben ihre Beiträge unter Vorlegung ihrer Bescheinigung des Kreis-Arbeitsamtes und eines Beschlusses über den Grund der Entlassung bei der Ortsbehörde zu stellen.

Die städtische Sparkasse.

hat als neuen Geschäftszweig die Vermietung von Schlafstätten — unter eigenem Betrieb des Meiers — in der Stadtammer aufnehmen. Die Einrichtung ist in den letzten ruhigen Zeiten zur Benutzung zu empfehlen. Die Bedingungen liegen an der Kasse zur Einsichtnahme aus.

Französische Fortbildungskurse.

Die Leitung teilt uns mit: Um Zweifel zu beseitigen, weisen wir nochmals darauf hin, daß Herr Studien-Richter zu Paris die französischen Kurse nicht nur besuchen, sondern im Sinne von Herrn Studien-Richter zu Paris anfordern wird. Um aber neu hinzutretenden Teilnehmern, bzw. denen, die an regelmäßiger Teilnahme verhindert waren, ein reiches Mittommen zu ermöglichen, wird er im Zusammenhang mit dem Lehrgang von Dubislaw-Ried 1. Teil, Buch 5, sechs Fortbildungskurse anbieten, die nachfolgendes sind: Damen und Herren, die daran teilnehmen möchten, wollen sich am Mittwoch, 1. Juni, nachmittags 5¹⁴ Uhr im 2. Stock des Domgymnasiums einstellen. Am Anruf für Fortbildungskurse wird mit dem Leben einer neuen Zeitlinie begonnen. Er findet in dieser Woche ausnahmsweise nicht am Mittwoch, sondern am Donnerstag, 2. Juni, um 5¹⁴ Uhr nachmittags im Domgymnasium statt. Um Auskunft zu erlangen, teilt Herr Stud.-R. zu Paris am Mittwoch, 5. Juni, nachmittags im Domgymnasium.

Von morgen ab wieder Friedensblätter!

* Von morgen, dem 1. Juni, ab soll es wieder Friedensblätter geben! Das deutsche Volk hatte vor dem Krieges anfang bei Friedensblätter und wußte, daß die Nationalgewerkschaft, das ist, was es bezeichnen zu müssen hat, die weite Seite einer gemäßigten Partei bedeutet. Deshalb herrscht im Volk ein zweifelloses eine gewisse Spannung, die durch das gegenwärtige so warme Wetter und den damit verbundenen unheimlichen Druck noch erhöht wird. Dieses Mal kann es auch keine Friedensblätter geben, wie so manches liebe Mal vorher, denn was die Brauerinnen zu bieten haben, ist etwas extra Gut. Aus diesem Gefühl des besonderen Gelanges heraus bezeichnen die Arbeiter die Arbeiter eine neue 12prozentigen Friedensblätter mit „Mittleren Zeiten“ und „Erntedankfest“.

Vertrag des Kreisarztes Dr. Mühlstein.

* Der einer großen Anzahl von Lehrern und Schreibern der Stadt und des Kreises Merseburg hielt am Montag nachmittags im Hause des Kreisarztes Dr. Mühlstein im Saale des „Herzog Christian“ einen Vortrag über „Sozialhygienische Unterricht in der Schule mit besonderer Berücksichtigung der Schulgesundheits-, Tuberkulose, der Geschlechtskrankheit und der Vererbung“. Nachdem Kreisarzt Mühlstein die Erzieherinnen begrüßt und anerkennend hatte, alle Kräfte rege zu machen zum Wohle der Kinder, nahm Dr. Mühlstein die Rede auf und führte eine folgendes aus: Unter Lehrerbildung ist in einem Stadium allerdingemäß Degeneration. Gerade der Mittelstand leidet gesundheitlich am meisten unter den Folgen des Krieges. Die Schulanfänger leiden häufig an emotionalen Krankheiten und werden in ihrer weiteren Entwicklung körperlich und geistig behindert. Die Erzieherinnen sind es, die unter dem wieder eine bedeutende Verantwortung zu übernehmen. Nicht in der Befähigung der Kräfte, die Einwirkung der Weisheit und eine umfassende Auffassung des Volkes. Die erzieherische Arbeit der Frauen im Kreise, das Wissen der Jugend um ihrer Gesundheit hat die Verantwortung zu einer bedeutenden Aufgabe gestellt. Wichtig ist, daß das in Aussicht gestellte Jugendgesetz endlich fertig wird. Noch wichtiger ist es mit der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten. Jeder gesunde Mensch, so hat die ärztliche Beobachtung es festgestellt, ist von einer dieser furchtbaren Krankheiten befallen. Eine gesunde Generation wächst nur aus. Der Schaden, welcher unserem Volk besonders auch für die Zukunft droht, ist ein ganz gefährlicher. Vorbedacht ist es die Gesundheit, die unter dem Vorstoß so fürchterlich wird. Aber nicht allein die Volksgesundheit ist bedroht, es gehen dem Volkserbe durch die Befähigung und Vererbung der Kranken alljährlich viele Millionen verloren. Hier gilt es, in den Fortbildungskursen und höheren Fortbildungskursen recht aufzuzeigen zu weisen. Was die Schulanfänger betrifft, so hat der Lehrer während der kurzen Zeit seines Wirkens im Kreise Merseburg recht betrübliche Erfahrung gemacht. Es herrschen hierin Zustände, welche auf die wenig vorbereiteten Verhältnisse von Eltern und Oesterreichern erinnern. Weiterhin ist es auch nötig, daß dem Volkshaus in Halle und dem Volkshaus in Halle ein Gesundheitsunterricht gegeben wird. Nicht in der Schulanfänger, sondern in der Bildung der Kinder, um die Befähigung von Schulpflichtigen ist erforderlich. Der Vortragende führte eine große Anzahl von Lichtbildern vor, welche zeigten, wie die genannten Krankheiten auftreten, daß im Körper bemerkbar machen und am Körper oft äußerlich bemerkbare Wirkung ausüben. Außerlich sichtbar sind besonders die Bilder, die sich mit der Pleure des Schulanfänger und des heranwachsenden Kindes beschäftigen, und die ebenfalls zeigten, daß auf diesem Gebiete noch zahlreiche verhängnisvolle Fehler begangen werden. Kreisarzt Mühlstein sprach dem Lehrer für seine Ausführungen, die nicht bloß ein Sachkenntnis sondern auch von tiefem sozialen Empfinden getragen waren, der Veranlassung der Veranstaltung herzlich dank aus. An der Tat konnte man die Ueberzeugung mit nach Hause

Vom **1. Juni d. Js.** ab werden wir neben den bisherigen Bieren wieder

Friedensbiere

in alter Qualität zum Ausstoss bringen.

Engelhardt-Brauerei Aktiengesellschaft
Abteilung Stadtbrauerei Merseburg.

Benutzen Sie die einmalige Gelegenheit und besuchen Sie die Ausstellung:

Sparsames Kochen und Heizen

im Turnhallensaal des „Kasino“.

Vorträge und praktische Vorführungen finden statt:
Heute, Dienstag abend 8 Uhr und morgen, Mittwoch
von 2 bis 7 Uhr.

Eintritt frei!

Eintritt frei!

Einige Damen od. Herren

die im Schreiben auf der Schreibmaschine bewandert sind, für sofort gesucht.

**Brunnenverfasser der Heilquelle
zu Lauchstedt.**

Dr. Lauterbach.

Bettwärden Betreuung umsorgt. Versandh. Hofmann sofort. Alter Pärth in Bayern Weiherstr. 8.

Bekanntmachung.

Jüngere Dame

durchaus perfekt in Stenographie und Schreibmaschine sofort gesucht. — Gehalt nach Tarifvertrag. Meldungen mit Lebenslauf u. Zeugnisabschriften sind zu richten an
Kleinbahnabteilung
der Provinzialverwaltung von Sachsen
in Merseburg.

Commerz- und Privat-Bank.

Aktiengesellschaft.

Einundfünfzigste ordentliche Generalversammlung der Aktionäre
am **Mittwoch, den 29. Juni 1921,**
vormittags 11 Uhr,
im Sitzungssaal der Bank in Hamburg, Neß Nr. 9.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes, sowie Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung und Vorschlag zur Gewinnverteilung.
2. Bericht des Aufsichtsrates über die Prüfung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie des Vorschlages zur Gewinnverteilung.
3. Beschlussempfehlung über die Besetzung der Bilanz, und die Entlassung des Vorstandes und des Aufsichtsrates, sowie über die Vereinstung des Aktienwesens.
4. Wahlen zum Aufsichtsrate.
5. Statutenänderung. (Änderung des § 15 der Statuten.)
Diejenigen Aktionäre, welche sich an der Generalversammlung beteiligen wollen, haben ihre Aktien spätestens am 24. Juni ds. Js. während der öffentlichen Geschäftsstunden bei unserer Niederlassungen in Hamburg, Berlin und Magdeburg, unseren sämtlichen Filialen und Zweigstellen, sowie in Cassel bei dem Hessischen Bankverein Aktiengesellschaft, Chemnitz bei unserer Niederlassung und bei dem Chemnitzer Bank-Verein, Köln a. Rh. bei unserer Niederlassung und bei Herrn J. B. Stein, Dresden bei unserer Niederlassung und bei dem Chemnitzer Bank-Verein, Falkenstein bei der Vogtländischen Credit-Anstalt, Frankfurt a. M. bei unserer Niederlassung und bei den Herren J. Deppas & Co., Gera (Neuh.) bei der Banco Wer. Oberlander, Eßbau bei der Eßbauer Bank, München bei unserer Niederlassung, bei der Bayerischen Vereinsbank und bei Herrn Alfred Berenshoff, Weimar bei unserer Niederlassung und bei der Thüringischen Landesbank Aktiengesellschaft zu hinterlegen und bis zum Schluss der Generalversammlung daselbst zu belassen oder die Hinterlegung bei einem deutschen Notar dadurch nachzuweisen, daß sie einer der genannten Anzeigestellen spätestens am 24. ds. Js. einen ordnungsmäßigen Hinterlegungschein des Notars in Verwahrung geben. Dieser Hinterlegungschein ist nur dann als ordnungsmäßig, wenn darin die hinterlegten Aktien nach Nummern genau bezeichnet sind und wenn überdies in dem Hinterlegungschein selbst bescheinigt ist, daß die Aktien bis zum Schluss der Generalversammlung bei dem Notar in Verwahrung bleiben. Wegen Hinterlegung der Aktien oder Einreichung der notariellen Hinterlegungscheine werden Eintrittskarten ausbehalten. Die zu hinterlegenden Aktien können ohne Gewinnanteilscheine und Erneuerungscheine eingereicht werden.
Hamburg, den 27. Mai 1921.

Der Vorstand.

Tanz-Unterricht.

Kaufmännischer Hotel Rütke. Montag, 6. Juni, abds 7 Uhr für Damen, 8 Uhr f. Herren. Abendbestellung Straßschützen. Dienstag, 14. Juni, abends 8 Uhr. Moderne Tänze. — Einzelunterricht leberselt. Bessere Anmeldungen erbitte in meiner Wohnung, Schmale Straße 19, I.
C. Ebeling, Tanzlehrer.

Stadttheater Halle.

Dienstag, abends 7 1/2 Uhr:
Othello.
Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr:
Arldno auf Naxos.
Donnerstag, abds. 7 1/2 Uhr:
Madame Butterfly.
Freitag, abends 7 1/2 Uhr:
Kain.
Sonabend, abds. 7 1/2 Uhr:
Don Pasquale.

Oberschlesier-Silse Promenaden-Konzert

Freitag, den 3. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Schloßgarten, bei unglücklicher Witterung im Schloßgarten-Salon, zu Gunsten der D.S.-Förderungs-Fürsorge ausgeführt von der
Orchester-Vereinigung hiesiger Beamter
Leitung: Herr Vindenzweig.
Karten à 2.— Mark im Vorverkauf im „Person Christlan“.

Sportverein von 1899 Merseburg

(früher Hohenzollern).

Am Sonntag, den 5. Juni, nachmittags 3 Uhr, im „Kasino“.

Großes Gartenkonzert

(Belustigungen aller Art)
Abends im großen Saal Tanz.
Mitglieder mit ihren Angehörigen werden herzlichst eingeladen. Obste Können eingeführt werden. Einladungen werden nicht versandt. Der Ausschuß.

Casino Gr. Ball

Mittwoch, den 1. Juni:
Görlich-Orchester.

Unabhängige Frau
ehrlich u. sauber, zur Aufwartung für den ganzen Tag gesucht.
Raspe, Neumarkt 40.

Schuhwarenlager

Gotthardtstr. 32

— — Inh.: Willy Ehrentraut — —

Neu eingetroffen:

Großer Posten Rindbox-Kinderstiefel

in guter Lederausführung, rein Lederabsatz,

31/35 Mk. 80.—

27/30 Mk. 75.—

Braune Damenhalbschuhe Mk. 155.—
in Box calf, Chevreux, Rindbox, Ia Qualität

Braune Damenstiefel Mk. 195.—
in Chevreux, Box calf, Rindbox.

Braune Herrenstiefel Mk. 225.—
in Box calf, Chevreux, Rindbox

Ferner alle anderen Sorten Schuhwaren in nur guter Ausführung, zu bekannt billigsten Preisen.

Dachpappen

liefert

Nichel-Brikett-Verkaufsstelle
m. b. d.
82. Neumarkt 67.
Grp.

Ein gr. Kinderwagen
ist zu verkaufen.
Merseburg, Waagnerstr. 3.

Überfüllten, energetisch.
Spörtnier
zu möglichst baldigem
Antritt gesucht.
Schriftliche Angebote
erbiten
Gedr. Dietrich
S. m. b. d.
Königsstraße.

Wohnungstausch

7 Zimmer-Wohnung mit Küche, Bad, Balkon und sonstigem Zubehör in
Naumburg
gegen 4 Zimmer-Wohnung mit Zubehör in
Alexleburg
zu tauschen gesucht.
Offt. Angebote unter
Bz. 333 a. d. Geschäfts-
stelle d. Bl.

Besserer Beamter
sucht möbl. Zimmer.
Offerten u. 104/21 an d.
Exp. d. Bl.

Wohnungstausch nach Spandau.
Große 2 Zimmer-
wohnung, Bad, Bal-
kon, Kammer, Küche,
Was, elektr. Licht, gas-
3 Zimmerwohnung
nach Merseburg oder
Umgegend.
Hinz, Spandau,
Seidenstraße 24.

1 bis 2 möbl. Zimmer
sucht ein oberer Beamter
der Schutzpolizei. Offert.
u. 100/21 an die Exped.
des Blattes.

Beilage zu Nr. 124 des Merseburger Tageblattes

Dienstag, den 31. Mai 1921.

Sitzung der Stadtverordneten

Gestern Abend fand im alten Rathsaal eine Sitzung der Stadtverordneten statt, die vom Stadtvorstande geleitet wurde. Die Sitzung begann nach 8 Uhr eröffnet wurde. Bevor man in die Tagesordnung eintrat, teilte der Stadt-Vorsteher mit, daß ihm noch ein dringender Magistratsantrag zugegangen sei. Der Vorsitz der Stadt Merseburg zu dem Verein „Baubankentwurf für Kinder e. V.“ Berlin.

Der Antrag für den Verein wurde auf 50 M. Die Stadtverordneten stimmten dem Antrag einstimmig zu. Nummer wird in die Tagesordnung eingetragen.

1. Wahl der Mitglieder der Schulddeputation. Stadtvorstand (Dem.) legt den Vorschlag der Kommission bez. der Wahl dar und zwar sollen von den Stadtverordneten die Stadtverordneten Eichardt (Dem.), Junfer (Dem.), Richter und andere des Stadts, Richter (Soz.) Stadts, Wolf (Liz.) neu in die Deputation gewählt werden. Von den im Erziehung- und Volkshilfenämtern fungierenden Personen werden für die Wahl die Herren Frohne und Eichardt und Frau Wittelschreiber Thielens vorgeschlagen. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß dem Vorschlag der Kommission.

2. Bewilligung für Mittel zur Schaffung eines Nebenamtes für oberflächliche Müllreinigung. Ueber von uns bereits verhandelte Vorlage erachtet Stadts. Seiffarth (Stemm.) Bericht. Die erforderlich 5000 M. werden bewilligt.

3. Verkauf von 2186 Quadratmeter Land an die Eisenbahndirektion in Halle. Verdringter Stadts. Eichner (Dem.), Stadts. Danie (Liz.) erklärt, daß seine Fraktion gegen die Vorlage nichts einzuwenden habe, will aber, daß die Entschädigungen an die Wähler in einer für alle beschriebenen Weise geregelt werden. Erster Bürgermeister Herrmann bemerkt, daß der Magistrat die Interessen der Wähler in weitgehendem Maße berücksichtigen werde. Er bittet noch einen Aufschub zu der Vorlage hinzufragen und zwar, daß das Land nur unter der Bedingung abzugeben ist, daß die Häuser für die Wähleranstellung nur mit einem Gehalt von 10 bis 15 Mark im Monat zu zahlen sind. Stadts. Grimm (Dem.) fragt an, ob denn auch in der erwerbenden Häuser meist Merseburger Eisenbahner wohnen sollen. Er hält dies für zweckmäßig, da dann andere Wohnungen in der Stadt dadurch wieder frei würden. Erster Bürgermeister Herrmann erklärt, daß dies Sache der Eisenbahndirektion sei, der man hier keine Hand lassen müsse. Die Stadt stann auf die Berücksichtigung seiner Ansicht an.

Darauf wird dem Magistratsantrag einstimmig zugestimmt.

4. Gemeindefeststellung über die Bewahrung von Lagenbebauung und Wesselsorten. Stadts. Mahlo (Dem.) berichtet über die von uns bereits besungene Magistratsvorlage, die nach kurzen Erörterungen des Stadts. Danie (Liz.) und Ersten Bürgermeisters Herrmann einstimmig Annahme findet.

5. Aufstellung eines Zehntels II. Stier I des Ausgabebudgets der Volkshilfenämter. Die Magistratsvorlage wird nach Berücksichtigung durch den Stadts. Wolf (Liz.) beschloß genehmigt.

6. Errichtung eines Freibades in der Saale. Stadts. Heilmann (Dem.) berichtet über den Magistratsantrag. Stadts. Kollnagel bemerkt, daß nach Bewilligung der erforderlichen 27 000 M. die Arbeiter zum Bau des Bades sofort aufgenommen werden. Stadts. Grimm (Dem.) fragt an, wie der Magistrat sich den Betrieb an sich gedacht habe, ob eine ständige Aufsicht während des Tages und der Nacht dabei ist. Er befindet sich die Sache, auch hat er Bedenken bez. der Wasserfrage. Stadts. Kollnagel erwidert, daß bereits alle diese Fragen erörtert und geklärt sind.

Stadts. Heiffarth (Stemm.) beantwortet die Vorlage, doch kommt sie nicht. Er fragt an, wie sich der Magistrat die Bewahrung der Aufsicht gedacht habe. Erster Bürgermeister Herrmann erklärt, daß sich ergebende Einzelheiten noch erledigt werden müssen.

Der Magistrat der Aufsicht müsse erst abgemakelt werden, welche Ansprüche dabei stellten. Nebenfalls werde darauf gesehen, daß in Bezug auf die Wenden von allem alle Sachen möglichst billig gemacht werden sollen. Stadts. Heilmann (Dem.) tritt reiflos für die Vorlage ein und hat keine Bedenken gegen die einzuwendenden. Stadts. Heiffarth (Stemm.) fragt an, ob es nicht doch vielleicht vorteilhafter gewesen wäre, die Wendenbedenken an einigen Tagen der Woche den Freibädern zur Verfügung zu stellen und den Bestreben dafür Entschädigungen zu zahlen. Erster Bürgermeister Herrmann erwidert, daß bereits früher diese Maßnahme geplant worden sei, man aber davon wieder abgekommen ist, da die Entschädigungen (8000 M.) zu hoch wären. Außerdem beständen in anderen Städten diese Freibädernstellen schon längst. Stadts. Heilmann (Dem.) spricht sich für die Vorlage aus, hält sie aber auch für verpöndet. Er ist der Meinung, das Projekt sei nicht genügend durchgearbeitet. Erster Bürgermeister Herrmann erklärt, das Projekt sei eingehend und genau durchgearbeitet worden, Einzelheiten müssen natürlich noch erledigt werden.

7. Einbau eines Koffenanzuges, Umbau einer Treppe, Einrichtung von zwei neuen Diensträumen und eines Nebenamtes im neuen Rathaus. Stadts. Vorsteher Junfer berichtet über die Vorlage, zu der zunächst Stadts. Heiffarth (Stemm.) spricht. Stadts. Vohle (Stemm.) und Weidling (Dem.) halten den Kostenaufschlag für zu niedrig. Durch die niedrigen Koffenanzüge, die das Stadtbauamt machte, so erklärt der Sprecher, komme es, daß dann immer Aufschwicklungen notwendig seien. Erster Bürgermeister Herrmann widerpricht dem und hebt insbesondere die hervorragende Arbeit des Stadtbauamtes bei Errichtung der Neubauten hervor. Stadts. Grimm (Dem.) fragt an, ob es nicht möglich sei, mit dem Hausmeister, der nun noch 12 Jahre langem freien Diensten als Hausmeister im Rathaus geschäftig habe, zu verhandeln, daß er von seiner Kündigung abstehe. Erster Bürgermeister Herrmann antwortet darauf, daß dem Hausmeister insbesondere die Krankheit seiner Frau, die ihm in seinem Dienste treu und fleißig gedient habe, zu der Kündigung veranlaßt hat. Stadts. Heilmann (Dem.) tritt für den Magistratsantrag ein und erklärt, daß beim Kostenaufschlag selbst dem Vorkaufstischen einige Verbesserungen unterlaufen könnten.

Nummer werden die erforderlichen Gelder von der Stadtverordnetenversammlung genehmigt.

8. Nachberichtigung von Realsteuern für 1920. Stadts. Zeller (Dem.) berichtet in längerem Ausführungen über die von uns eingehend behandelte Vorlage. Zu diesem Punkte der Tagesordnung vertritt Stadts. Vorsteher Junfer ein im jugendlichen Zeitalter in der Hausverwaltung der Stadt entscheidend in der letzten Versammlung des Vereins gefasste Entschluß, die sich gegen diese Nachberichtigung richtet und die Stadtverordneten bittet, dem Antrag des Magistrats die Zustimmung zu verweigern. Stadts. Richter (Soz.) ist für die Vorlage, da die Vermietter durch Mittel und Wege finden werden, die Steuern auf die Mieter abzuwälzen. Stadts. Grimm (Dem.) und Zeller (Dem.) befürworten die Steuer. Stadts. Heilmann bemerkt, daß die Abwälzung der Steuer auf die Mieter nur auf Grund des § 10 des Wohnungsgesetzes möglich sei. Stadts. Heilmann (Dem.) meint sich mit seinen Worten gegen die Magistratsvorlage. Es sei praktisch nicht möglich, nachträglich 200 Prozent der Steuererhebung auszuführen. Erster Bürgermeister Herrmann erklärt, daß an dieser Steuererhebung nichts mehr zu ändern sei. Er verweist auf die anderen Städte, bei denen die Prozente der Steuer bedeutend höher sind. Er bittet, der Vorlage zuzustimmen. Stadts. Grimm (Dem.) äußert zwar, daß die Steuererhebung bereits im Unterhalt anreizen, er sich aber doch der Einsicht nicht verschließen könne, daß die Nachberichtigung der Steuer für 1920 notwendig sei.

Die Nachberichtigung von Realsteuern für 1920 wird gegen die Stimmen der Kommunisten beschloßen.

9. Erhöhung der städtischen Arbeiterlöhne. Verdringter Stadts. Krüger (Soz.) bittet um Annahme der Vorlage. Nach kurzer Erörterung des Ersten Bürgermeisters äußerte

Stadts. Richter (Stemm.), die Lohnerhöhung sei ungerecht bemittelt. Er ist nicht recht gewogen, daß man bei des Lohnes einen Unterschied zwischen Hoch- und Lohndauern gemacht habe. Nachdem noch der Stadts. Krüger und Erster Bürgermeister Herrmann für die Vorlage gesprochen haben, findet der Antrag einstimmige Annahme.

10. Unterweltliche Einweisung der Affilierten in die Befolgungsbewahrung. Stadts. Golling (Dem.) berichtet über die Befolgungsbewahrung des Magistratsvorlage. Stadts. Zeller (Dem.) macht einige Bedenken geltend. Dann sprechen noch Erster Bürgermeister Herrmann und Stadts. Grimm (Dem.), der sich für den Antrag einsetzt und Stadts. Zeller (Dem.) zu der Vorlage, die Annahme findet.

11. Einrichtung der Wannenbäder im Volksbad. Stadts. Vorsteher Junfer (Dem.) berichtet über diesen und den folgenden Magistratsantrag, die beide angenommen werden.

12. Erhöhung der Gebühren im Volksbad. Hierzu bemerkt Stadts. Zeller (Dem.), daß es von Interesse sei, zu erfahren, wie die Benutzung der Bäder im Volksbad gemein sei und teilt mit, daß die Wannenbäder von 6241 und die Brausebäder von 2987 Personen benutzt worden seien; diese Zahlen lassen die rege Benutzung vor allem der Wannenbäder erkennen. Nach kurzen Bemerkungen des Stadts. Richter (Stemm.) und Ersten Bürgermeisters wird die Vorlage einstimmig angenommen.

13. Mängelbeseitigung der Wohnungen für das der Rentengeldbesitz gewählte Gemeinderat. Verdringter Stadts. Zeller (Dem.) empfiehlt Annahme der Vorlage. Die Stadtverordneten beschließen demgemäß.

Damit war die Tagesordnung erschöpft. Anschließend gibt der Stadts. Vorsteher eine Reihe von Mitteilungen bekannt, die oft weniger Bekanntes hervorriefen. Zunächst trat ein Schreiben des Vereins der Polizistenbeamten in Merseburg vor, in dem die Stadtverordnetenversammlung bitten, bei der Umänderung des Polizeibehörden für zu sorgen, daß den bisherigen städtischen Beamten nicht eine aetia und iudicia wird, sondern daß sie in den Staatsdienst übernommen werden. Das Schreiben wird dem Magistrat auf Verlangen des Stadts. Vorsteher übergeben, mit der Bitte, bei der Kündigungs mögliches Wohlwollen zu üben. Stadts. Richter (Stemm.) weist nicht, was er davon halten soll, einmal werden Beamte in großer Anzahl neu eingestellt, ein anderes Mal soll den Beamten wieder gekündigt werden. Erster Bürgermeister Herrmann antwortet dem Stadts. Vorsteher, den Polizeibeamten bei der Kündigungs möglichste Schonung zuteil werden zu lassen. Ein Schreiben, das von der Mittelfaunavereinigung bei dem Stadts. Vorsteher eingegangen ist, wird von diesem an den Magistrat schriftlich weitergegeben. Eine weitere Eingabe des Stadts. Richter (Stemm.) bet. den Wetterberichtsfestung in den Bänden soll dem Stadts. Richter (Stemm.) auf Verlangen des Stadts. Vorsteher schriftlich beim Magistrat eingereicht werden. Am Schluß nimmt noch Stadts. Krüger (Soz.) das Wort zu dem Punkte der, die Kündigungs der Polizeibeamten und bittet auch, die Kündigungs nicht durchzuführen. Wenn wirklich Beamte, denen gekündigt wird, in die Kompa übergeben können, so ist die Verhältnisse für sie als Kommunalbeamte etwas besser. Stadts. Heilmann (Dem.) trägt an, dem Magistrat eine Anfrage zu.

Das diesjährige Einberufen in Merseburg.

ob es dieses Jahr stattfinden oder nicht. Erster Bürgermeister Herrmann teilt mit, daß der Magistrat beschloßen habe, das Einberufen dieses Jahr abzugeben. In diesem Zusammenhang hat Stadts. Richter (Stemm.) eine Reihe von Bemerkungen gemacht, die Stadts. Vorsteher beantwortet. Stadts. Richter (Stemm.) hat sich in der Stadts. Vorsteher neutral gehalten, manche Überbeteure wollen von dem Nicht stattfinden wissen. Wenn das Einberufen aber veranlaßt werden soll, so sind freilich die Polizeibeamten dringend notwendig. Stadts. Richter (Stemm.) betont noch die historische Bedeutung des Einberufens für Merseburg, das leider während des Krieges nicht stattfinden

Das Grandhotel Babylon.

Nach von Arnold Bernett.

(Nachdruck verboten.)

Erstes Kapitel.

„Bitte, mein Herr?“
„Bitte, der berühmte Oberkellner des Grand-Hotel Babylon, neigte sich zu einem lebhaften Herrn in mittleren Jahren, der sich jedoch in einem beschleßten des Aussehens niedrigeren hatte. Es war an einem besonders schönen Juniabend um dreieinhalb acht Uhr, kurz vor dem Dinner im Grand-Hotel Babylon. Herren jeder Nationalität, jeden Alters und jeder Figur, doch alle in tadelloser Gesellschaftsanzug, saßen in dem großen, matt beleuchteten Raum herum. Aus dem Wintergarten nebenan strömte zarter Blumenduft herein, und man hörte das leise Klappern einer Fontäne. Unter Jules' Kommando gitteten die Kellner geducktes über die vielen orientalischen Teppiche, ihre Platten mit gaudieriger Behendigkeit balancierend. Mit der stolzen Wichtigkeit, deren Geheimnis nur wirklich erfahrene Kellner bekannt ist, nahmen sie Besche entgegen und erfüllten die Wünsche der Gäste. Alles war in die für das Grand-Hotel Babylon bescheidende Atmosphäre von Feinheit und Ruhe gehüllt. Es schien unmöglich, daß sich je etwas ereignen könnte, die aristokratische Eintönigkeit im Leben dieses tadelloser geführten Hauses zu stören. Und doch sollte noch am selben Abend ein großes Ereignis den mächtigsten Aufbruch verursachen, den das Grand-Hotel Babylon je erlebt hatte.

„Bitte, mein Herr?“ wiederholte Jules, und diesmal betriet der Ausdruck seiner Stimme erhabene Mißbilligung — er war es nicht gewohnt, einen Gast zweimal anzusprechen zu müssen.

„Oh“, sagte der Herr und blinnte endlich auf. In zuckender Unkenntnis, wer und was der große Jules sei, gestarrte er sich, ein wenig mit den Augen zu zwinkern, als er den Gesichtsausdruck des Kellners bemerkte.

„Bringen Sie mir einen Engländer.“
„Gardon, mein Herr?“
„Bringen Sie mir einen Engländer und beissen Sie sich gut.“

„Wenn Sie ein amerikanisches Getränk meinen, fürchte ich, wir haben es nicht vorräthig.“
Jules' Stimme klang hart und deutlich, und einige Herren blickten betroffen auf, als mißbilligten sie die letzte Sitzung

ihres Nades. Die Erscheinung des Gastes beruhigte sie jedoch einigermaßen, denn er war allem Anscheine nach ein erfahrener, vielgereister Engländer, der inständig zwischen Hotel und Hotel zu unterbreiten verhielt, der auf den ersten Blick erkennt, wo es geht, ein Aussehen zu machen, und wo es langsam ist, sich genau so zu betragen wie im Klublokal. Das Grand-Hotel Babylon gehörte zu jenen, in deren Kaufsalons man sich wie im eigenen Heim betruge.

„Ich habe nicht angenommen, daß Sie es vorräthig haben, aber ich nehme an, Sie können es mischen, sogar hier, in diesem Hotel.“

„Dies ist kein amerikanisches Hotel, mein Herr.“
Die bescheidenste Unterwürigkeit dieser Worte veranlaßte sich der lebhafteste Herr in mittleren Jahren setzte sich terzengede auf und sah Jules, der seinen bestimmten roten Wadenbart strich, hart an.

„Nehmen Sie ein Glasglas“, sagte er halb im Tone besüßiger Duftheit, halb barsch, „gessen Sie zu gleichen Teilen Martini-Creme und Creme de Menthe hinein rühren Sie nicht um, schütteln Sie es nicht und bringen Sie es mir.“ — Und hören Sie mal, sagen Sie dem Schantbarischen?

„Dem Schantbarischen?“
„Sagen Sie dem Schantbarischen, er solle sich das Rezept aufschreiben, denn ich werde wahrscheinlich jeden Abend vor dem Dinner einen Engländer verlangen, so lang dieses Hotel anhat.“

„Ich werde Ihnen das Getränk schicken“, sagte Jules vornehm. — Das war kein feiner Triumph, sagte Jules vornehm, daß das war kein geüblicher Kellner sei, und jeder, der ihn respektlos behandle, dies zu seinem eigenen Schaden tue.

Während der Herr einige Minuten später seinen Engländer forderte, sah Jules bei sich. Er dachte, daß das Büro des Grand-Hotel Babylon flücht. Dieses Büro war ein ziemlich großer Raum mit zwei verstellbaren Klavieren, die einen Nebenbild über die Schenke und den Kaufsalon gewährten. Nur ein kleiner Teil der Buchhaltungsarbeit des großen Hotels wurde hier erledigt. Das Büro diente hauptsächlich als Beobachtungsposten für Jules, die eine ebenbekannte und wichtige Persönlichkeit war wie der große Jules. Die meisten modernen Hotels haben einen männlichen Leiter ihrer Büros, doch das Grand-Hotel Babylon

ging seinen eigenen Weg. Miss Spencer leitete das Büro, seitdem das Babylon-Hotel seine mächtigen Räume zum Himmel streckte, und sie blieb auf ihrem Posten, ungeachtet der wechselnden Namen anderer Hotels. Sie trank tabellos in schwarze Seide gekleidet, mit einer kleinen Brillantbroche, blendend weißen Manchetten und gefalteten, gelben Daunen, sah sie heute genau so aus wie vor ungezählten Jahren. Ihr Alter war niemand bekannt, und niemand sprach danach. Ihre anmutige und verführerische Gestalt war ganz unverändert, so daß sie am Abend eine wunderbare Erscheinung auf die jedes Hotel Hof je durfte. Ihre Kenntnisse der Kunstschönheit, der Schiffsverbindungen, der Theater- und Variete-Programme usw. waren unverändert, obwohl sie niemals reiste, nie ein Theater oder Variete besuchte. Sie schien ihr ganzes Leben auf diesem antiken Beobachtungsposten zu verbringen, wo sie alle die den Gästen Anstöße erlebte, an die verschiedenen Abteilungen telephonierte oder sich mit ihren ausserwählten Freunden unterhielt, wie gerade in diesem Augenblick.

„Wer ist Nummer 107?“ fragte Jules die schwarzgekleidete Dame.

„Miss Spencer warf einen Blick in das Hauptbuch — Mr. Theodor Radlofe — New York.“

„Ich dachte mir's gleich, daß er ein New Yorker ist“, sagte Jules nach einer kurzen, bedeutungsvollen Pause. „Aber er spricht ebenfalls Englisch wie Sie oder ich.“ — Verlangt einen Engländer Martini-Creme und Creme de Menthe gibt es nicht? Ich werde dafür sorgen, daß er sich hier nicht allzulange aufhält.“

Miss Spencers Antwort war ein animiertes Rädeln. Es reichte ihnen ziemlich entwickelten Sinn für Humor, Theodor Radlofe einen New Yorker nennen zu hören. Natürlich wachte sie, — und sie setzte voraus, Jules wäre es auch, — daß es nur einen einzigen Theodor Radlofe gab: Theodor Radlofe, der der dritte Herrmann der Vereinigten Staaten und folglich der ganzen Welt war. Nichtsdestoweniger war sie sofort auf Jules' Geben, wie es nur einen Radlofe gab, gab es nur auch einen Jules, und Miss Spencer teilte inständig seine Enttäuschung darüber, daß ein Sterblicher, sei er König oder Millionär, es wage, innerhalb der Grenzen des Grand-Hotel Babylon einen Engländer, dieses unwürdige Gemisch von Martini-Creme und Creme de Menthe, zu trinken. (Fortsetzung folgt.)

